



Das Bild des Alterns als Horrorgemälde

Von Gerd Bosbach und Klaus Bingler | 20.03.2020

Mit Zukunftsrechnungen und Statistiktricks wird ein düsteres Bild des demografischen Wandels gezeichnet. Dabei müssen wir bis 2060 jedes Jahr nur einen von 335 Erwerbsfähigen wegen der Alterung ersetzen.

Seit Sommer 2018 tagt im Auftrag der Bundesregierung die "Rentenkommission Verlässlicher Generationenvertrag" – kurz „Rentenkommission“. Dort debattieren Politiker, Wissenschaftler, Arbeitgeber und Gewerkschafter über die Zukunft der Alterssicherung. Eine entscheidende Rolle in den Debatten der Kommission spielt vor allem eines: die Frage der demografischen Entwicklung und insbesondere die Alterung der Gesellschaft.

Letztere wird in der heutigen demografischen Diskussion überwiegend vor allem unter negativen Vorzeichen betrachtet. Wird das Bild der „Überalterung“ heute auch nicht mehr so dramatisch gezeichnet wie in den frühen 2000er Jahren, so wird doch oft – viel zu oft – über die angeblich nicht mehr zu bewältigende Last gesprochen: zu viele Rentner, zu viele Pflegebedürftige sprengen angeblich den finanziellen Rahmen oder gehen zu Lasten der jungen Generation.

„Der letzte Deutsche – Auf dem Weg zu Greisenpolitik“. So titelte der Spiegel im Jahr 2004. In der Bildzeitung hieß es 2007 in einer Besprechung über einen erschreckenden dreiteiligen DOKU-Thriller im ZDF:

„Millionen Deutsche waren gestern Abend geschockt vom ersten Teil der ZDF-Serie ‚2030 – Aufstand der Alten‘. Die Doku-Fiction (...) zeigt drastisch die Folgen der

Überalterung in Deutschland: Verarmte Rentner hausen in Massenlagern, ...“.

Und „Welt kompakt“ schrieb 2006 gar in einer Überschrift: „Es droht Einwohnerkannibalismus“. Gemeint war ein Kampf der Kommunen um die wenigen qualifizierten Menschen und jungen Familien.

Heute heißt es dezenter: „[Rente mit 70? Das wird nicht reichen](#)“ (Welt). Und kurz vor dem Zusammen-treten der Rentenkommission „Verlässlicher Generationenvertrag“: „[Forscher nennen Rentenpläne unbezahlbar](#)“ (Zeit); „[Rentenpläne der Koalition sind unbezahlbar](#)“ (Süddeutsche), gemeint ist aber Ähnliches: Wegen steigender Lebenserwartung, mehr Rentnern, geringer Kinderzahl sind Wirtschaft und Sozialstaat ohne drastische Einschnitte gefährdet.

1. Alternde Gesellschaft – überhaupt nichts Neues

Betrachtet man die demografischen Veränderungen im letzten Jahrhundert und vergleicht sie mit denen, die für die kommenden Jahrzehnte erwartet werden, so stellt man fest, dass sich die Dramatik deutlich relativiert.^[1] Damals wie heute ist der Kern des demografischen Wandels, dass die Bevölkerung zunehmend älter wird und wir zugleich immer weniger Kinder bekommen.

Die heutige Entwicklung setzt jedoch nur einen langjährigen Trend fort. Immerhin stieg die Lebenserwartung im letzten Jahrhundert um mehr als 30 Jahre. Auch wenn man die besonderen Effekte herausrechnet, die sich durch die Verringerung der Kindersterblichkeit ergeben haben, bleibt immer noch ein Zuwachs von mehr als 20 Jahren.^[2]

Demgegenüber erwartet das Statistische Bundesamt in seiner 13. Koordinierten Bevölkerungsvoraus-berechnung^[3] von 2013 eine Alterung von etwa 6,5 Jahren bis 2060, ein im Vergleich zum letzten Jahrhundert recht moderater Anstieg.^[4]

Schauen wir auf die zweite Brandmeldung, die angeblich so drastische Verringerung der Kinderzahl. Auch diese war im letzten Jahrhundert deutlich stärker, als jetzt für die Zukunft berechnet wird. In Zahlen ausgedrückt: Der Anteil der Kinder und Jugendlichen (bis 20 Jahre) an der Bevölkerung sank von 1900 bis 2000 von 44 auf 21 Prozent und soll bis 2060 auf 16 Prozent abfallen.^[5]

Ein ähnlich deutliches Bild ergibt sich, wenn es um den Anteil der über 65-Jährigen geht, die meist als Rentnerinnen und Rentner durch Transfers versorgt werden. Dieser ist von 1900 bis 2000 massiv um deutlich mehr als das Dreifache gestiegen: von 4,9 auf 16,7 Prozent. Demgegenüber erwarten die Statistiker eine Steigerung des Anteils der über 65-Jährigen von heute 21 Prozent auf 33 Prozent im Jahre 2060, also einen Anstieg von unter 60 Prozent oder anders ausgedrückt auf das 1,6 fache.^[6]

Ziehen wir die Konsequenz aus diesen Fakten, so stellen wir fest, dass die deutsche Gesellschaft im vergangenen Jahrhundert viel größere demografische Entwicklungen verkraftet hat, als dies für die Zukunft erwartet wird. Und das wurde begleitet von einem massiven Wachstum des Wohlstands für alle und einem kräftigen Auf- und Ausbau der Sozialsysteme, bei gleichzeitiger massiver Verkürzung von Arbeitszeiten. Die Lebensarbeitszeit verringerte sich von früher 14 bis 70 auf heute ungefähr 20

bis 65 Jahre; der Jahresarbeitszeit von etwa 50 Wochen auf heute ungefähr 46; der Wochenarbeitszeit von ca. 60 auf ca. 40 Stunden heute.^[7]

Der Umstand, dass die Bevölkerung massiv gealtert ist und weniger Kinder geboren wurden, erzwang im letzten Jahrhundert also mitnichten einen Abbau sozialer Leistungen oder die heute oft geforderten längeren Arbeitszeiten. Der Grund dafür, dass unsere Gesellschaft diese Entwicklungen so gut verkraften konnte, liegt in bestimmten und bestimmenden ökonomischen Faktoren, auf die weiter unten näher einzugehen ist (siehe Abschnitt 4).

2. Zukunftsrechnungen – von Statistik-Tricks bereinigt eher beruhigend

In einer Pressekonferenz am 28. April 2015 kommentierte Robert Egeler, damaliger Präsident des Statistischen Bundesamtes, die Ergebnisse der „13. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung zur Bevölkerungsentwicklung in Deutschland bis 2060“^[8]:

„Die Anzahl der Menschen im Erwerbsalter wird stark schrumpfen. Als Erwerbsalter wird hier die Spanne von 20 bis 64 Jahren betrachtet. Im Jahr 2013 gehörten gut 49 Millionen Menschen dieser Altersgruppe an ... Geht die Zuwanderung langfristig auf 100 000 Personen zurück (Variante 1 ›Kontinuität bei schwächerer Zuwanderung‹), gibt es 2060 ein noch kleineres Erwerbspersonenpotenzial: 34 Millionen oder 30 Prozent weniger als 2013.“

Direkt nach dieser Pressekonferenz warnte das *Handelsblatt* mit fetter Überschrift vor einem Rückgang der Zahl der Erwerbsfähigen um fast ein Drittel: „Statistisches Bundesamt: Deutschland verliert massenhaft Erwerbstätige“ – und weiter: „Ein Blick ins Jahr 2060: Wenige Junge, viele Alte und wenige, die arbeiten.“ Müssen also bald zwei Menschen die Arbeit von dreien schultern?

Um eine solche drastische Arithmetik erzeugen zu können, musste eine Reihe von Faktoren ausgeblendet werden. Hier die drei wichtigsten:

1. Der Rückgang der Erwerbsfähigenzahl um 30 Prozent ist keine Herausforderung für morgen, sondern lässt uns für seine Bewältigung 47 Jahre Zeit (Basisjahr 2013 bis 2060). Auf Jahr betrachtet, liegt er bei unter 0,8 Prozent. Oder anders ausgedrückt: Im kommenden Jahr müssen 124 Menschen das Arbeitspensum bewältigen, das heute 125 Personen schaffen.
2. Der Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials auf 34 Millionen entstammt einer Modellrechnung, in der die Bevölkerungszahl um gut 16 Prozent sinkt. Eine deutlich kleinere Bevölkerung braucht zu ihrer Gesamtversorgung aber auch weniger Erwerbstätige. Es kommt also nicht auf die absolute Zahl an, wie der Präsident des Statistischen Bundesamtes suggerierte, sondern auf den Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung. Und dieser Anteil sinkt weniger drastisch als die absolute Zahl der Erwerbsfähigen, wie auch die weiter unten stehende Tabelle zeigt.
3. Sowohl für 2013 wie für 2060 wurde ein Renteneintrittsalter von 65 Jahren unterstellt! Und das, obwohl die Lebenserwartung nach derselben Prognose um 6,5 Jahre steigen soll. Und ob-

wohl die Rente ab 67 schon für 2031 beschlossen ist!

Spätestens beim letzten Punkt können wir nicht mehr von statistischen Schwächen reden, sondern müssen davon ausgehen, dass es sich um eine politisch gewollte, absichtliche Dramatisierung handelt.[\[9\]](#)

Beziehen wir diese drei Faktoren ein – die nicht nur in den Augen von Statistikern von beträchtlicher Relevanz sein dürften – und betrachten, wie aus Punkt 2 hervorgeht, nicht die Anzahl, sondern den Bevölkerungsanteil der Personen im Erwerbsalter. Dann haben wir es, wie die folgende Tabelle zeigt, nur noch mit einem Absinken des Erwerbspersonenpotenzials um 0,28 Prozent pro Jahr zu tun.

Abbildung 1

13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung für Deutschland Statistisches Bundesamt, 28. April 2015

Variante 1

Wanderungssaldo 100.000; 1,4 Kinder pro Frau

Lebenserwartung Mädchen + 6,0 J., Jungen + 7,1 J.

Bevölkerungsstand 31.12.2013

	2013	2060	Rückgang 2060 zu 2013
20 bis unter 65-Jährige	49,2 Mio.	34,3 Mio.	30,2%
Bevölkerung	80,8 Mio.	67,6 Mio.	16,3%
Anteil 20 bis unter 65-Jährige	61,0%	50,8%	16,7%
Anteil 20 bis unter 67-Jährige		53,4%	12,5%
	jährlicher Rückgang		0,28%

Datenquelle: Statistisches Bundesamt

Darstellung Gerd Bosbach; 28. April 2015

Das statistische Monster – ein Rückgang der Zahl der Personen im Erwerbsalter um 30 Prozent – schrumpft zu einem winzigen Mäuschen: Demnach müssen wir bis 2060 jedes Jahr einen von 335 Erwerbsfähigen[\[10\]](#) wegen der Alterung ersetzen.

Anzumerken ist, dass es bei diesen Zahlen ausschließlich um die Menschen aus der Gruppe der Erwerbsfähigen geht. Die wichtige Frage, wie viele davon überhaupt und in welchem Umfang tatsächlich als Erwerbstätige zur Versorgung beitragen, bleibt ausgeklammert.

3. „Demografisierung“ der gesellschaftlichen Entwicklung – ein Zerrbild der Wirklichkeit

Viele gesellschaftliche Entwicklungen werden heutzutage mit der Demografie in Verbindung gebracht. Man bekommt leicht den Eindruck, zukünftige Bevölkerungszahlen seien der wichtigste Einflussfaktor für unsere Zukunft. Andere Einflussgrößen wie Produktivität, Arbeitslosigkeit, Bildung,

Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, Umweltveränderungen oder die Entwicklung der Finanzmärkte und anderer Volkswirtschaften scheinen demgegenüber eher nachrangig zu sein. Ein solch einseitiger Blick verhindert die Einsicht in die wirklich wesentlichen Zusammenhänge und lässt so zahlreiche Fragen unbeantwortet:

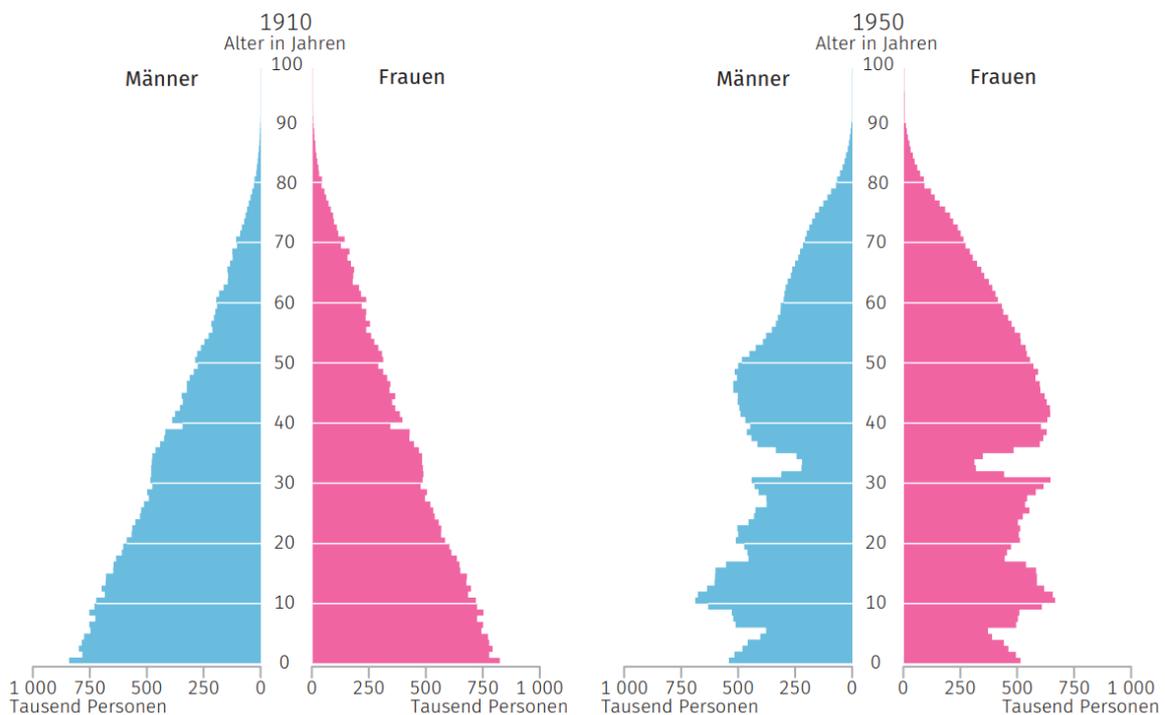
Warum zum Beispiel haben die Menschen in Deutschland um 1900, als der Anteil der Jungen so viel höher war, nicht besser gelebt als heute? Und warum sind „alte“ Staaten wie Japan, Deutschland, Österreich, die Niederlande, die Schweiz oder die skandinavischen Länder ökonomisch deutlich besser gestellt als „junge“ Länder wie Bangladesch, Nigeria, Kamerun, Bolivien oder die Philippinen?

Werfen wir mit diesen Gedanken im Hinterkopf einen Blick auf ein beliebtes Instrument, mit dem vor dem angeblich so bedrohlichen demografisch bedingten Desaster gewarnt wird: die sogenannten Bevölkerungspyramiden. Nach üblicher, soziologischer Lesart gingen und gehen diese von der Form einer gesunden Tanne langsam, aber dramatisch in eine Urnenform über. Oder in ein einfaches Bild übertragen: von den strahlenden Kinderaugen zu Weihnachten bis zum düsteren Grab.

Abbildung 2

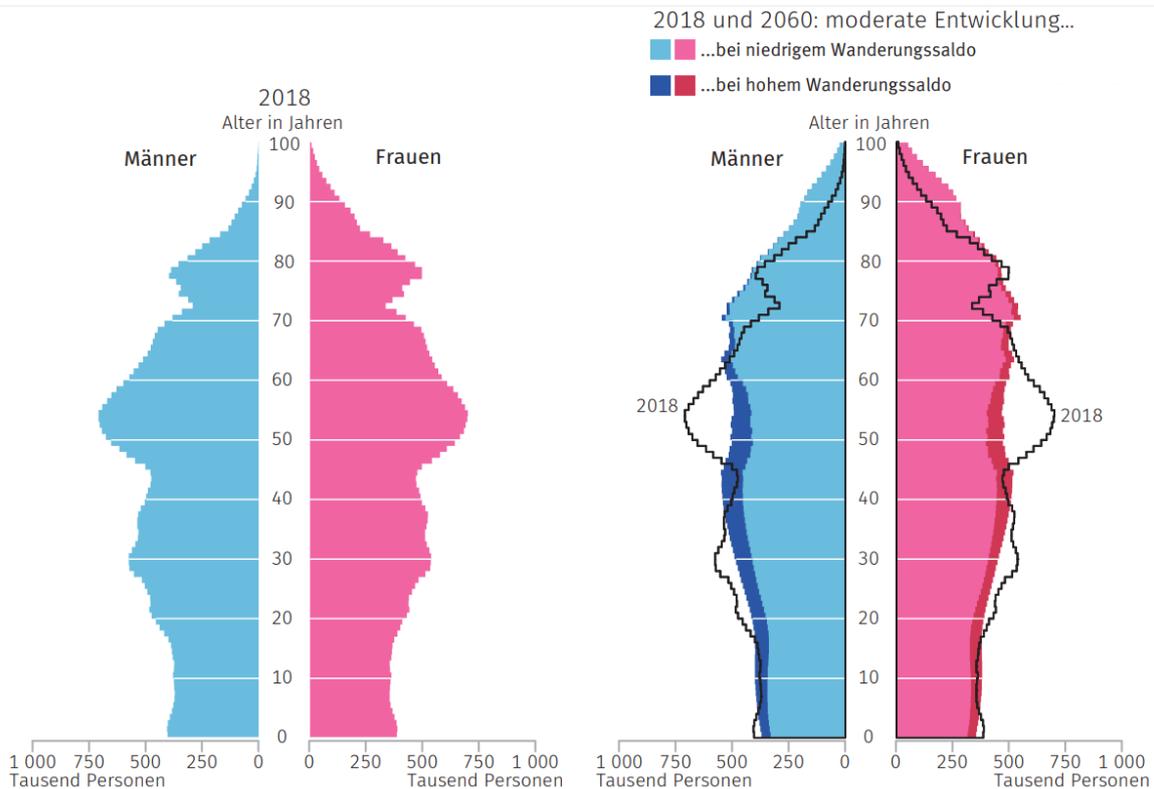
Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland

2060: Ergebnisse der 14. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung



Quelle: Statistisches Bundesamt

Abbildung 3



Quelle: Statistisches Bundesamt

Ganz anders jedoch lässt sich die Sache betrachten, wenn wir uns einmal klar machen, was die Pyramide in Form einer „gesunden“ Tanne tatsächlich bedeutet: Zunächst werden viele Kinder geboren, von diesen stirbt bereits ein größerer Teil im frühen Kindesalter. Jahr für Jahr folgen ihnen dann immer mehr Menschen eines Jahrgangs ins Grab. Dass die Spitze so dünn ist, bedeutet, dass nur wenige Menschen alt werden. Man kann diesen Zustand nicht unbedingt als menschenfreundlich einstufen. Und auch wirtschaftlich betrachtet sind die „tannenförmigen Gesellschaften“ weniger gut aufgestellt.

Ein Faktor, der beim rein „demografisierten“ Blick zudem ausgeblendet wird, ist die Produktivität einer Wirtschaft. Diese wird jedoch – allen Unkenrufen zum Trotz – auch in Zukunft weiter steigen, wenn es nicht zu großen Verwerfungen wie Seuchen, Krieg, Umweltkatastrophen oder Finanzkrisen kommt.^[11] Schließlich wird der Wettbewerb der Konzerne untereinander – national wie international – auch in Zukunft zu weiteren technischen Innovationen führen. Dasselbe gilt für den Drang des Menschen seit der Urzeit, seine Tätigkeiten effektiver zu gestalten.

Betrachten wir eine weitere, angeblich besorgniserregende und sehr wichtige demografische Größe, die in Deutschland seit 1970 niedrige Geburtenrate von 1,4 Kindern je Frau (in den letzten Jahren auf 1,6 angestiegen). Hier handele es sich selbstredend um ein Hemmnis für Wirtschaft und Sozialstaat, da sie fehlenden Nachwuchs für die Arbeitswelt und die Rentenzahlungen bedeute.

Übersehen werden dabei jedoch mehrere Tatsachen. Erstens ist die Bevölkerungszahl in Deutschland seit 1970 von 78,1 Millionen auf 82,9 Millionen Ende 2018 gestiegen – das Land trotz geringerer Kin-

derzahl also nicht ausgestorben. Zweitens hat sich in dieser Zeit das Bruttoinlandsprodukt um 156 Prozent real gesteigert. [12] Das reale Wirtschaftsprodukt ist also heute mehr als zweieinhalb Mal so groß wie 1970. Das Geld für soziale Maßnahmen war und ist somit da, trotz der beklagten geringen Geburtenzahl.

Schauen wir, was die Kinderzahl betrifft, als Drittes nach Frankreich. Zumindest bis zu den Angriffen Macrons auf soziale Standards fast ein „Geburtenmusterländle“ mit ungefähr zwei Kindern pro Frau. Nach Logik der „Demografisierer“ müsste es den Franzosen ökonomisch viel besser gehen als den kinderarmen Deutschen. Tut es aber nicht. Demografie ist also schon wieder nicht der bestimmende Faktor.

Allzu gern wird ausschließlich die Bevölkerungsentwicklung fälschlicherweise für viele gesellschaftliche Probleme verantwortlich gemacht. Dies zeigen deutlich die vielen Klagen über den angeblich demografisch bedingten Mangel an Ärztinnen und Ärzten. [13] Dass wir seit vielen Jahrzehnten einen scharfen Numerus clausus für das Medizinstudium haben, der viele junge Menschen vom Arztberuf ferngehalten hat – es also nicht an der zu geringen Zahl Heranwachsender gelegen haben kann –, wird schlicht übersehen. Was in Wahrheit dem Sparen im Bildungsbereich bei der Ärzteausbildung geschuldet ist, wird so der Demografie in die Schuhe geschoben. [14]

Demografisiertes Denken führt, wie man sieht, zu vielen Widersprüchen und zeigt nur durch tausendfache Wiederholung Wirkung, nicht durch stichhaltige Begründungen. Voltaire wird der Satz zugeschrieben: „Je häufiger eine Dummheit wiederholt wird, desto mehr bekommt sie den Anschein von Klugheit.“

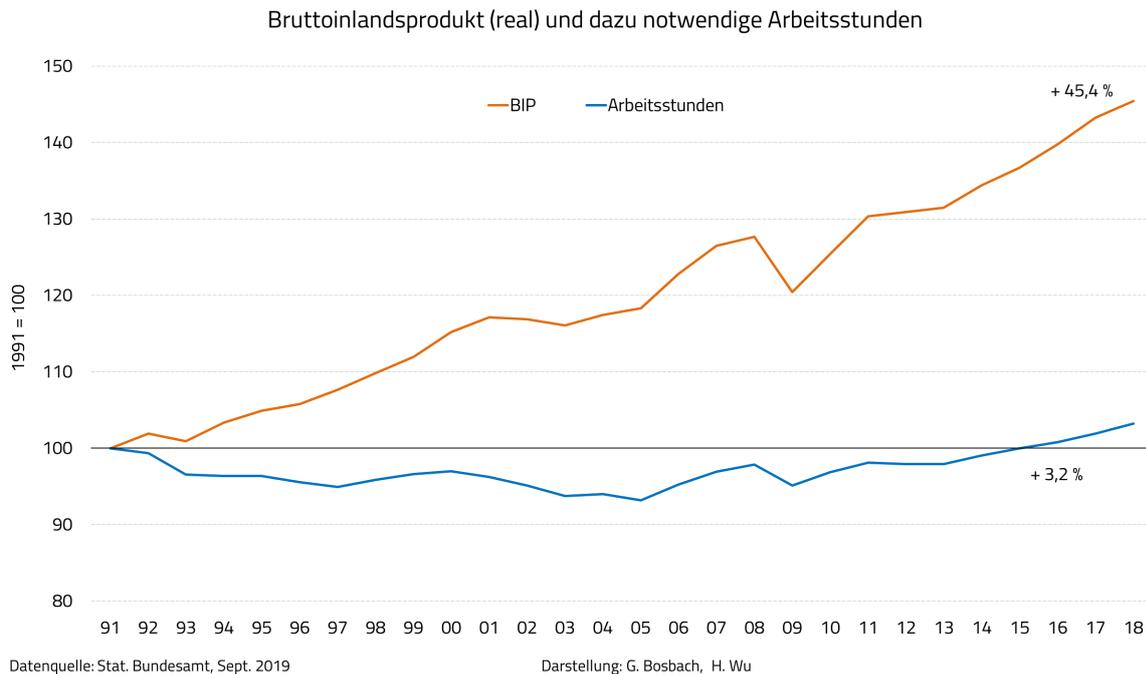
4. Zwei volkswirtschaftliche Blicke belegen die Potenziale

So leicht die bisherigen Gedankengänge auch nachvollziehbar sein mögen, so fremd muten die Ergebnisse an. Demografische Entwicklung soll kein großes Problem sein? Das widerspricht fundamental dem, was wir tausend Mal gehört haben. Und auch das eigene, nicht manipulierte Gefühl rebelliert. Altern ist doch verbunden mit den ersten grauen Haaren, den tieferen Falten, einem Verlust an Energie und Beweglichkeit. Und das soll einer Gesellschaft nicht schaden?

Schauen wir auf einfache volkswirtschaftliche Fakten, so zeigt sich, dass Alterung und wachsender Wohlstand auch gemeinsam gehen und Demografie nicht zu Sozialabbau führen muss.

Beginnen wir mit der Entwicklung in den knapp 30 Jahren seit der Wiedervereinigung.

Abbildung 4



Die Wirtschaft ist bis 2018 gegenüber 1991 um gut 45% real gewachsen, der zu verteilende volkswirtschaftliche Kuchen ist heute also deutlich größer. Und das wurde mit nur minimal steigendem Arbeitsvolumen, gemessen in Arbeitsstunden, realisiert. Dabei waren die Jahre ökonomisch nicht durchgehend erfolgreich, wie der Blick auf den Beginn nach 1990 und auf die frühen 2000er Jahre zeigt. Dazu dann noch die Wirkungen der Finanz- und Bankenkrise 2008/2009.

Offensichtlich bewirkt die Produktivität immer noch „Wunder“ und schlägt weiterhin die Alterung um Meilen. Immerhin ist in den Jahren 1991 bis 2018 parallel die Lebenserwartung um mehr als 5 Jahre gestiegen; der Anteil von 65+ stieg massiv von 15 % auf über 21,5%, der Anteil der unter 20-Jährigen fiel um fast 15%.

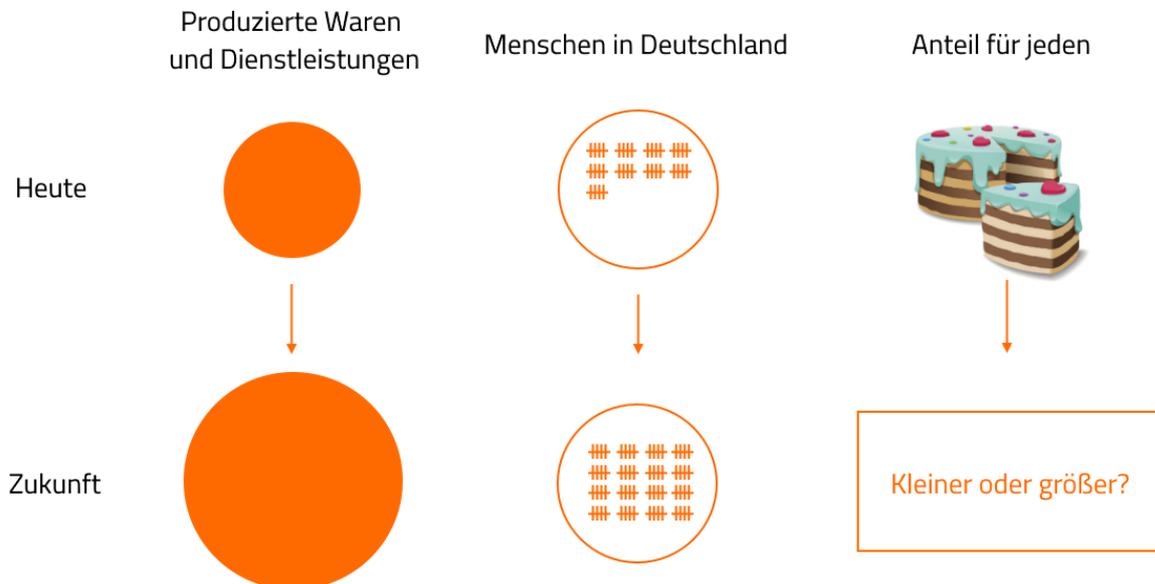
Der Blick in die jüngere Vergangenheit zeigt, dass wirtschaftliche Probleme auch bei größerer Alterung zu bewältigen sind. Das Hauptproblem war nicht die Demografie, sondern die Verteilung des deutlich gewachsenen Reichtums (siehe auch Grafik zu den Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung im letzten Abschnitt dieses Beitrages).

Für die Zukunft haben wir – wie alle Dramatisierer auch – keine Daten, können aber, anders als die Dramatisierer, eine logische volkswirtschaftliche Überlegung anbieten.

Die Demografie-Berechnungen für die Zukunft in Deutschland gehen von sinkenden Bevölkerungszahlen aus, meist direkt als „Schrumpfungsprozess“ negativ ausgedrückt. Bei der oben zitierten Modellrechnung des Statistischen Bundesamtes von 2015 wurde in der Hauptvariante ein Bevölkerungsrückgang von gut 13 Millionen Menschen bis 2060 berechnet.^[15] Gleichzeitig prognostizieren alle bekannten Wirtschaftsexperten, ein – wenn auch langsames – wachsendes Bruttoinlandsprodukt^[16]. Daraus werden sofort Sparzwänge vor allem im Sozialen abgeleitet. Das

ist volkswirtschaftlicher Unsinn, wie man in Anlehnung an Münzfeiring „schon mit Volksschule Köln-Ehrenfeld“ leicht sehen kann.

Abbildung 5



Ein größerer Kuchen für weniger Esser gibt, wie man sehen kann, größere Stücke für jeden, wenn nicht vorher aus dem Kuchen ein immer größeres Stück heraus geschnitten wird. Das ist dann aber Umverteilung und keine Folge der demografischen Entwicklung. Die Rechnung geht sogar bei einem sogenannten Nullwachstum der Wirtschaft immer noch auf. Ein gleich großer Kuchen bei weniger Essern gibt bei gerechter Aufteilung mehr für alle.

Betrachtet man unter diesem volkswirtschaftlichen Blickwinkel Vergangenheit und Zukunft, findet man sich durch die Titelüberschrift eines Wissenschaftsredakteurs bestätigt: „Die Demokalypse bleibt aus“^[17] Warum seit 2004 vielfach veröffentlichte logische Argumente und faktenreiche Darstellungen so wenig bewirkt haben, kann nur ein Blick auf diejenigen erklären, die an der Demografie-Angst Interesse haben.

5. Die Interessengruppen hinter den Angstbildern

Die Versuche, die Angst vor der Überalterung politisch zu instrumentalisieren, zeigten insgesamt eine Wirkung, die man leider nur als äußerst erfolgreich bezeichnen kann. Wie sonst lässt es sich verstehen, dass etwa die Kürzungen und Zuzahlungen in der Gesetzlichen Krankenversicherung ohne nennenswerten Widerstand akzeptiert wurden?

Ebenso die Teilprivatisierung der Rente hin zu Riester-Rente oder betrieblicher Altersversorgung. 16 Millionen abgeschlossene Riester-Verträge zeugen von der Angst. Das wäre mit der altbekannten „Senkung der Lohnnebenkosten“ - Argumentation alleine nicht näherungsweise erreichbar gewesen. Es brauchte es noch eine weitere, große Angst.

Zu den wichtigsten Gewinnern der Demografie-Angst gehören die privaten Lebens- und Rentenversicherer. Ihnen ist es kaum zu verdenken, dass sie sich von dem großen Kuchen der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) – 2018 gut 300 Milliarden Euro [\[18\]](#) – ein möglichst großes Stück aneignen wollen. Die Versicherungsbranche profitiert durch Riester- und Rüruprente, betriebliche Altersvorsorge und Kürzungen bei der Gesetzlichen Rente. Staatlich bezuschusste und von der Bundesregierung beworbene private Produkte waren ein milliardenschweres Geschenk für die Branche.

Der Ökonom Hans-Werner Sinn brachte zeitweise sogar einen gesetzlichen Zwang zum Kauf von privatwirtschaftlichen Vorsorgeprodukten ins Spiel. Aufgegriffen wurde diese Forderung inzwischen auch mehrfach aus der Politik, etwa beim [Leipziger Parteitag der CDU im November 2019](#).

Diana Wehlau hat die profitable Rolle der Finanzdienstleister im Hinblick auf die Rentenreform von 2001 folgendermaßen charakterisiert:

„Zum anderen stehen insbesondere Versicherungen, Banken und Kapitalanlagegesellschaften als Nutznießer der Rentenreform hervor, denn internationale Vergleiche zur Entwicklung der Finanzmärkte und zur Verbreitung von Finanzprodukten in der Bevölkerung belegen, dass die private Altersvorsorge eine der Hauptquellen für das Wachstum der Finanzdienstleistungsbranche ist“.

Und Norbert Blüm hat diese Zusammenhänge sehr prägnant auf den Punkt gebracht:

„Je madiger die Rentenversicherung gemacht wird, umso mehr klingelt das Geld in den Kassen der Allianz. Darum geht es und um sonst nichts“ [\[19\]](#)

Dass auch die Arbeitgeber zu den großen Nutznießern des „Systemwechsels“ gehören, liegt auf der Hand. [\[20\]](#) Denn zum einen wurden das Steigen der paritätisch finanzierten Beiträge zur gesetzlichen Rente nach oben begrenzt, zum anderen ist ihre Beteiligung an den Kosten der kapitalgedeckten Zusatzrente nicht vorgesehen.

In der öffentlichen Diskussion wurden diese Vorteile nicht einmal verheimlicht. Man müsse ja im internationalen Wettbewerb Lohnnebenkosten senken und da sei eben die gesetzliche Rente der größte Posten.

Zu den Arbeitgebern gehören übrigens auch die kleinen und großen Betriebe der Medienbranche, von denen einige auch direkt mit der Versicherungswirtschaft zusammenarbeiten. Von dieser Seite neutrale Informationen zu erwarten, hieße zu hoffen, dass sie gegen ihre eigenen Interessen verstoßen. Außerdem verkaufen sich demografische Katastrophenberichte wesentlich besser als harmlose Meldungen, wie Gerd Bosbach persönlich von einem verkaufsstarken Nachrichtenmagazin als Begründung zur Ablehnung seines Artikels mitgeteilt wurde.

Schließlich gibt es auch politische Gründe für eine „Nutzung“ des Demografiediskurses. Gesundheitsministerin Ursula Schmidt konnte schon 2003 die Kürzungen im Gesundheitsbereich als Vorbereitung

auf die demografische Entwicklung darstellen, obwohl es eigentlich eine Reaktion auf leere Kassen in der damaligen wirtschaftlichen Stagnationsphase war. Auf diese Weise war es der Ministerin möglich, von den damals aktuellen, realen Problemen, wie sehr hohe Arbeitslosigkeit und Rückgang der Reallöhne abzulenken und sich dabei zugleich als weise und vorausdenkend darzustellen.

Heute verstecken sich Politiker hinter einem angeblich demografisch bedingten Ärztemangel, obwohl seit Jahrzehnten bei weitem nicht genügend Medizinstudienplätze für die vielen Bewerber geschaffen wurden.[\[21\]](#) Mit mehr Geld für die Bildung ließen sich bald neue Mediziner ausbilden. Die Demografie wird von vielen Politikern schlicht und einfach als Sündenbock benutzt, um vom eigenen Versagen abzulenken.

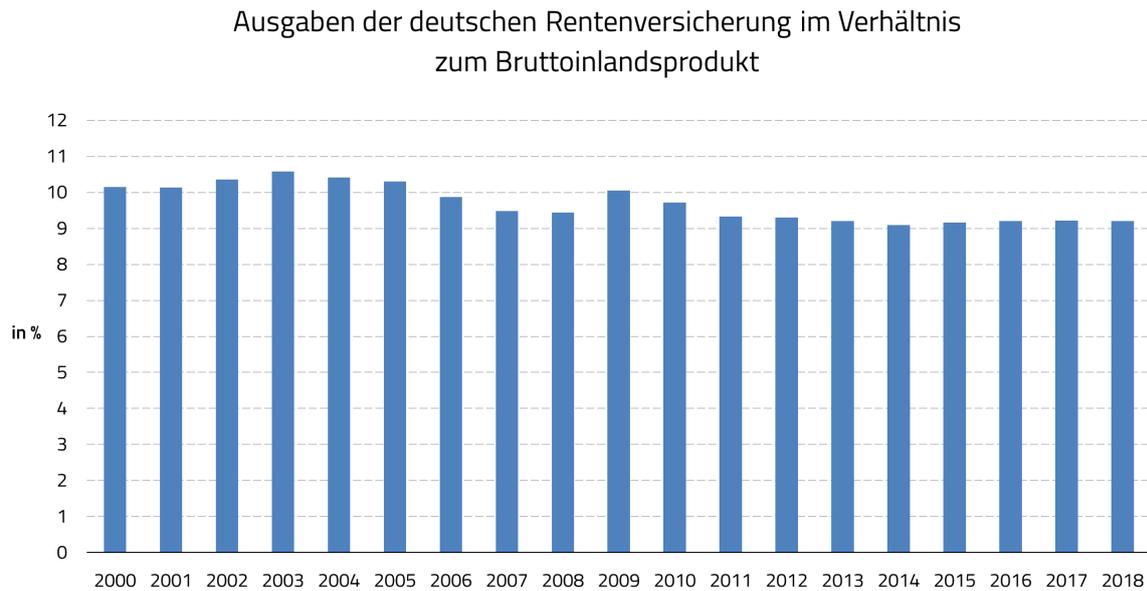
Auch beim Thema Fachkräftemangel wiederholt sich das Versteckspiel hinter der angeblich schuldigen Demografie. In den Jahren 1990 bis mindestens 2007 sind mehr als eine Million junge Leute nicht ausgebildet worden. Heute wären sie die gesuchten Fachkräfte im mittleren Alter von ca. 30 bis 50 Jahren.[\[22\]](#)

6. Gedanken zu einer solidarischen Zukunft

Dass Geld für Soziales da ist, belegen die volkswirtschaftlichen Blicke in Abschnitt 4. Es fehlt nur der Wille zu einer gerechten Verteilung. Bei der Finanzierung der gesetzlichen Rente stehen trotz schöner Worte die Interessen von Arbeitgebern und Versicherern im Vordergrund und nicht die Interessen der Arbeitnehmer.[\[23\]](#) Deshalb finden viele gute Ideen für ein Altern in sozialer Sicherheit und Würde[\[24\]](#) leider wenig Resonanz.

Was die Möglichkeiten der gesetzlichen Rente betrifft, lohnt sich der [Blick auf unser Nachbarland Österreich](#). Der Münchner Merkur überschrieb deshalb einen Artikel vom Juli 2017 mit „[Rentenparadies Österreich](#)“. Entgegen allen Unkenrufen von Privatversicherern und Unternehmern hat die hohe gesetzliche Rente mit 12,55 Prozent Arbeitgeberanteil der Ökonomie Österreichs nicht geschadet. 2018 war das österreichische Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung sogar höher als das deutsche.[\[25\]](#)

Abbildung 6



Quelle: Statistisches Bundesamt (BIP) Nov. 2019; RV in Zeitreihen (Ausgaben DRV) Okt. 2019; Eigene Berechnung und Darstellung

Sie sehen richtig. Trotz Alterung und wachsender Anzahl von Rentnern sinkt der Anteil unseres Wohlstandes, den wir insgesamt für die gesetzliche Rente ausgeben, seit 2003 deutlich. Falls Sie andere Bilder im Kopf haben. Die Gegenseite veröffentlicht gerne die Entwicklung der absoluten Ausgaben. Das übersieht aber Preissteigerungen und Wachstum des zur Verfügung stehenden Bruttoinlandsproduktes.[\[26\]](#)

Auch dieser letzte Fakt zeigt: Ohne mächtigen Gegendruck durch konsequente Gewerkschaften werden die Interessen von Arbeitgebern und Versicherungen weiter Vorrang in Politik und Medien haben. Und ohne große Verbesserungen bei der sozialen Absicherung werden Populisten von rechts weiteres leichtes Spiel mit der Unzufriedenheit der Bevölkerung haben.[\[27\]](#) Das den Führungen der uns in Worten nahestehenden Parteien zu verdeutlichen, stört nicht den politischen Frieden oder den Kampf um Wahlprozente, sondern hilft den Ärmern konkret und trägt zur Sicherung der Demokratie bei.

Literatur

Balodis, Holger/Hühne, Dagmar: Die Vorsorgelüge Econ 2012

Bosbach, Gerd/Korff, Jens (2019): Echt gelogen – Wer uns mit Statistiken manipuliert und wie wir die Zahlentricks durchschauen (Überarbeitete Taschenbuch-Ausgabe von „Die Zahlentricks“ (2017)), HEYNE, S. 107 – 124

Butterwegge, Christoph/Bosbach, Gerd/Birkwald, Matthias W. (Hrsg., 2012): Armut im Alter. Frankfurt und New York: Campus Verlag

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2015): Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 13. koordinierte

Bevölkerungsvorausberechnung

Wehlau, Diana (2009): *Lobbyismus und Rentenreform. Der Einfluss der Finanzdienstleistungsbranche auf die Teil-Privatisierung der Alterssicherung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften; Auszüge davon in Butterwegge, Bosbach, Birkwald: *Armut im Alter (s.o.)*, S. 204 ff

[1] Die meisten Daten des Artikels stammen aus: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1.5, Stand Ende 2019; DRV, Rentenversicherung in Zeitreihen, Okt. 2019

[2] Alle demografischen Daten des zwanzigsten Jahrhunderts sind belegt in: Gerd Bosbach, Klaus Binger: *Kein Anlass zu Furcht und Panik – Fakten und Mythen zur „demografischen Katastrophe“*, Deutsche Rentenversicherung (Hrsg.: Verband Deutscher Rentenversicherungsträger) 11-12/2004

[3] Begründung der Auswahl im zweiten Abschnitt Zukunftsrechnungen, vor allem in Fußnote 5

[4] vgl. Statistisches Bundesamt 2015, S. 13

[5] vgl. Statistisches Bundesamt 2015, Tabellenanhang, Variante 1; Hauptvariante

[6] vgl. Statistisches Bundesamt 2015, Tabellenanhang, Variante 1

[7] Die Daten dazu sind je nach Branche und Region unterschiedlich und in diversen Quellen niedergelegt. Die systematische Zusammenfassung wäre für Gewerkschafter ein gutes Forschungsthema, da es ihre Erfolge im Kampf um Arbeitszeitverkürzung beschreibt.

[8] Die neue 14. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes von Juni 2019 eignet sich wegen Ihrer 9 Hauptvarianten (+ 18 Nebenvarianten und 3 Modellrechnungen) und der variierenden Betrachtungszeiträume (bis 2035 und bis 2060) nicht für eine kurze Betrachtung. Außerdem wurde sie in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, war also nicht Gegenstand der demografischen Diskussion. (Siehe auch Fußnote 6.)

[9] Dieser zu offensichtliche Fehler ist in der 14. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung korrigiert worden. Allerdings wurde „als Ausgleich“ dabei für 2018 und für 2060 die Altersgrenze 67 gewählt, obwohl 2018 das Renteneintrittsalter noch bei 65 Jahren und 7 Monaten lag. Auch dieser Fehler dramatisiert das Absinken des Erwerbsspersonenpotenzials, da das Erwerbsspersonenpotenzial von 2018 zu groß und somit der Verlust bis 2060 stärker dargestellt wurde. Auch dieser Zusammenhang gehört eigentlich zum Allgemeinwissen eines Statistikers.

[10] bei exakter Rechnung mit Nachkommastellen

[11] Steigende Produktivität muss nicht mit wachsendem materiellem Verbrauch verbunden sein. Sie kann auch zum Ausbau von personenbezogenen Dienstleistungen (z.B.: Bildung, Pflege), mehr an Kultur oder auch für Arbeitszeitverkürzungen genutzt werden.

[12] Berechnet wurden die Steigerungsraten in Westdeutschland von 1970 bis 1991 (+ 76,0 %) und danach die Wachstumsraten für Gesamtdeutschland bis 2018 (+ 45,4%). Gesamtsteigerungsrate damit $1,760 \cdot 1,454 = 2,559$, also rund 156% real mehr als 1970.

[13] Zwischenüberschrift „Grund für den Ärztemangel ist der ‚doppelte demografische Wandel‘“ in Ärztemangel spitzt

sich zu, Ärztezeitung vom 3.9.2010.

[14] So auch der damalige CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer in einer Podiumsdiskussion der AOK in Passau am 9.10.2015. Auf meine Nachfrage zur Erweiterung der Ausbildungsplatzkapazitäten für Ärzte kam wörtlich: „Dafür haben wir kein Geld.“ Es bleibt also beim Sparen in der Bildung/Ausbildung und der Schulzuweisung an die Demografie.

[15] Auch in der 14. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung wird in 7 der 9 Hauptvarianten ein Bevölkerungsrückgang zwischen 1,8 und 8,9 Millionen Menschen bis 2060 berechnet. Damit wurden indirekt frühere angsteinflößende Schätzungen zurück genommen und belegt, wie unsicher langfristige Zukunftsberechnungen sind.

[16] So wächst nach Schätzungen der OECD aus dem Jahre 2012 das BIP in Deutschland bis 2060 jahresdurchschnittlich um 1,1% (Looking to 2060: Long-term global growth prospects, S. 30) „Gegenüber den vergangenen 20 Jahren bleibt das Wachstumstempo bis 2045 nahezu unverändert“ (Prognos-Studie von 2018/2019: Deutschland Report 2025 | 2035 | 2045)

[17] Quelle: Guido Mingels in „Der Spiegel“ 15/2015. Der lesenswerte Artikel steht dort auf den Seiten 42 – 47.

[18] Exakt 307,851 Milliarden Euro nach RV in Zeitreihen 2019, S. 235

[19] zitiert nach „Lobbyismus und Rentenreform, Dissertation von Diana Wehlau, veröffentlicht 2009, S. 17/18. Eine ausführliche Auseinandersetzung enthält der Vortrag von Gerd Bosbach aus 2012: [„Die instrumentalisierte Zukunftsgangst - Gesetzliche oder private Rentenversicherung“](#)

[20] So ist es kein Zufall, dass die Arbeitgebernahe „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ schon in den 1990er Jahren massiv Demografieangst geschürt hat. Siehe dazu beispielsweise Balodis/Hühne „Die Vorsorgelüge“, S. 80ff. Damals hat die Initiative äußerst geschickt agiert, kein Vergleich zu den plumpen Aktionen der letzten Jahre.

[21] Anfang September 2019 antwortet beispielsweise Gesundheitsminister Spahn auf die Frage nach Ärztemangel: „Wahr ist: *Ärzte können wir nicht aus dem Hut zaubern.*“ (zitiert nach Kölner Stadt-Anzeiger, 2.9.2019, S. 7) Da hat er Recht, aber man hätte sie vorher ausbilden können.

[22] [Nach Angaben vom Bundesinstitut für Berufsbildung \(BIBB\)](#) standen noch im Jahre 2007 den 734 Tausend Ausbildungsplatzbewerbern nur 516 Tausend Arbeitsplätze gegenüber, obwohl öffentlich schon vor Fachkräftemangel gewarnt wurde. S. auch Ingrid Sehrbruck in Ihrem Kommentar (Einblick 22/2011, S. 7)

[23] Die positiv aussehenden jährlichen Rentensteigerungen vernebeln den Blick auf tatsächlich real sinkenden Renten für viele Gruppen. Grund dafür ist der immer niedrig werdende reale Betrag beim Einstieg in die Rente verursacht durch Arbeitslosigkeit und Niedriglöhne.

[24] S. z.B.: „Armut im Alter – Probleme und Perspektiven der sozialen Sicherung“, Kapitel IV und V

[25] BIP/Kopf 2018 Österreich 43 640 €; Deutschland 40 339 €; Datenquellen: Statista nach IWF-Daten

[26] Diese Täuschungsmethode ist sehr beliebt. Zahlreiche sozialpolitische Beispiele sind in Bosbach, G./Korff, J.: „Lügen mit Zahlen“, Kap. 4 dargestellt.

[27] So versucht der stramm nationalistische Flügel der AfD um Björn Höcke in der Rentenfrage mit sozialen Argumentationen, [viele davon aus der sozialen Bewegung abgeschrieben](#), zu punkten.

Über die Autoren



Gerd Bosbach lehrte Statistik und Empirie an der Hochschule Koblenz. Als ehemaliger Berater für das Statistische Bundesamt erhielt er einen tiefen Einblick in die politische Nutzung von Daten. Seit über 15 Jahren begleitet er kritisch die Demografie-Debatte. Sein Spiegel-Bestseller „Lügen mit Zahlen“ wurde 2011 medial stark beachtet.



Klaus Bingler ist studierter Diplom-Bibliothekar und arbeitet als Journalist. Er befasst sich vor allem mit den Themen Medizin, Gesundheit, Soziales und Statistik.

Veröffentlicht am: 20.03.2020

Erschienen unter: <https://makroskop.eu/2020/03/das-bild-des-alterns-als-horrorgemaelde/>